



## Landesgesetzentwurf Nr. 112/22

### Einrichtung einer Beobachtungsstelle zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität sowie zur Förderung einer Kultur der Legalität und zur Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft

#### Art. 1

1. Beim Südtiroler Landtag wird die Beobachtungsstelle zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und zur Förderung einer Kultur der Legalität sowie zur Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft eingerichtet. Die Beobachtungsstelle führt in völliger Unabhängigkeit folgende Tätigkeiten aus:

- a) Sie erfasst und analysiert Daten zur Präsenz der organisierten Kriminalität im Landesgebiet sowie Daten über öffentliche oder private Initiativen zu ihrer Bekämpfung, auch durch die Schaffung digitaler Systeme zur Sammlung von Informationen;
- b) sie arbeitet geeignete Vorschläge zum Ausbau von Initiativen zur Vorbeugung und Bekämpfung der Kriminalität, unter besonderer Berücksichtigung von Maßnahmen zur Transparenz und Legalität aus, die auch über das Internet umgesetzt werden; zudem meldet sie an die zuständigen Behörden problematische Situationen im Hinblick auf die Vorbeugung und Bekämpfung der Kriminalität mit besonderem Augenmerk auf die Wirtschafts- und Verwaltungsbereiche, die laut den Berichten der Ermittlungsbehörden und der Sicherheitskräfte am stärksten einer Unterwanderung durch die organisierte Kriminalität ausgesetzt sind; sie unterbreitet besagte Vorschläge dem Südtiroler Landtag und der Landesregierung;
- c) sie unterstützt die Landeskörperschaften und die Trentiner Gemeinden, die dies beantragen, bei der Analyse des externen Kontexts zum Zweck der Korruptionsbekämpfung.

2. Die Beobachtungsstelle kann bei den Dienststellen der Landeskörperschaften Auszüge von Akten, Maßnahmen und anderen Informationen anfordern, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben für zweckdienlich hält. Die diesbezügliche Beantragung ist an die Führungskraft der betreffenden Einrichtung und, falls Letztere dieser nicht nachkommt, an den Landeshauptmann zu richten.

## Disegno di legge provinciale n. 112/22

### Istituzione di un Osservatorio per il contrasto alla criminalità organizzata e la promozione della cultura della legalità e del ruolo della società civile

#### Art. 1

1. È istituito presso il Consiglio provinciale di Bolzano l'osservatorio per il contrasto alla criminalità organizzata e la promozione della cultura della legalità e del ruolo della società civile. L'osservatorio svolge, in piena autonomia, le seguenti attività:

- a) raccolta e analisi dei dati riguardanti la presenza della criminalità organizzata all'interno del territorio provinciale e sulle iniziative pubbliche o private intraprese per contrastarla, anche attraverso la creazione di sistemi digitali per la raccolta di informazioni;
- b) elaborazione e proposta al Consiglio o alla Giunta provinciale di azioni idonee a rafforzare gli interventi di prevenzione e contrasto della criminalità, con particolare attenzione alle misure per la trasparenza e la legalità, realizzate anche attraverso la rete internet, e segnalazione alle autorità competenti di situazioni problematiche dal punto di vista della prevenzione e del contrasto della criminalità, tenendo conto dei settori economici e amministrativi più esposti alle infiltrazioni criminali, individuati nei rapporti delle autorità inquirenti e delle forze dell'ordine;
- c) assistenza agli enti a ordinamento provinciale e ai comuni trentini, a loro richiesta, nell'analisi del contesto esterno a fini di contrasto della corruzione.

2. L'osservatorio può chiedere agli uffici degli enti a ordinamento provinciale copia degli atti, dei provvedimenti e altre notizie che ritenga utili per lo svolgimento dei suoi compiti. La richiesta è rivolta al dirigente della struttura interessata e, se quest'ultimo non vi ottempera, al Presidente della Provincia.

3. Die Beobachtungsstelle erstellt einen Jahresbericht über die eigene Tätigkeit, der in einer öffentlichen Sitzung vorgestellt und anschließend an den Südtiroler Landtag und an die Landesregierung weitergeleitet wird. Der Bericht kann Vorschläge zu Gesetzesmaßnahmen und verwaltungstechnischen Initiativen umfassen. Die Beobachtungsstelle kann dem Südtiroler Landtag auch gelegentliche und punktuelle Berichte übermitteln. Sie kann zudem von den Ausschüssen des Südtiroler Landtags auf Antrag der Stelle selbst oder der Landtagsausschüsse zur Beratung hinzugezogen werden. Die Landtagsabgeordneten können bei der Beobachtungsstelle Auskünfte und Informationen einholen, die im Zusammenhang mit der Erfüllung der Aufgaben der Stelle selbst stehen.

4. Die Beobachtungsstelle setzt sich aus fünf Mitgliedern zusammen, die über anerkannte Erfahrungen im Bereich der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Förderung der Legalität und Transparenz verfügen und gegenüber der öffentlichen Verwaltung und den politischen, gewerkschaftlichen und beruflichen Organisationen unabhängig urteilen und handeln. Die Mitglieder der Beobachtungsstelle haben für jeden Tag der effektiven Teilnahme an den Sitzungen der Beobachtungsstelle Anrecht auf eine Entschädigung in Höhe von 140 Euro sowie auf die Rückerstattung der Reisekosten, die ihnen in Ausübung ihres Amtes entstehen, und zwar im gleichen Ausmaß wie für die Landtagsabgeordneten vorgesehen.

5. Das Verfahren zur Bestellung der Beobachtungsstelle beginnt mit einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Region, die vom Präsidenten des Südtiroler Landtags innerhalb von dreißig Tagen nach Abschluss der von der Geschäftsordnung für die erste Sitzung des neugewählten Landtags vorgesehenen Vorbereitungsmaßnahmen angeordnet wird. Aus der Bekanntmachung sollte Folgendes hervorgehen:

- a) die Absicht des Südtiroler Landtags, die Beobachtungsstelle einzurichten;
- b) die Voraussetzungen für die Ernennung als Mitglied der Beobachtungsstelle;
- c) die Frist von dreißig Tagen ab der Veröffentlichung der Bekanntmachung für die Einreichung der Bewerbungen;
- d) die Angabe der Person, die mit den Namensvorschlägen beauftragt wird.

6. Die Mitglieder der Beobachtungsstelle werden vom Präsidium des Südtiroler Landtags er-

3. L'osservatorio predispone annualmente una relazione sulle sue attività, presentata in seduta pubblica e quindi trasmessa al Consiglio e alla Giunta provinciale. La relazione può contenere proposte di iniziative a livello normativo o amministrativo. L'osservatorio può trasmettere al Consiglio provinciale anche relazioni saltuarie e puntuali. A richiesta propria o delle commissioni consiliari, inoltre, può essere consultato dalle commissioni stesse in ordine alle sue attività. I consiglieri provinciali possono chiedere all'osservatorio notizie e informazioni connesse allo svolgimento delle sue funzioni.

4. L'osservatorio è composto da cinque personalità di riconosciuta esperienza nel campo del contrasto al crimine organizzato e della promozione di legalità e trasparenza, che assicurano indipendenza di giudizio e azione rispetto alla pubblica amministrazione e alle organizzazioni politiche, sindacali e di categoria. Per ogni giorno di effettiva partecipazione alle sedute dell'osservatorio, ai suoi componenti spetta un compenso di 140 euro, oltre al rimborso delle spese di viaggio sostenute per lo svolgimento dell'incarico, in misura analoga a quanto previsto per i consiglieri provinciali.

5. La procedura di nomina dell'osservatorio inizia con un avviso nel Bollettino ufficiale della Regione, disposto dal Presidente del Consiglio provinciale entro trenta giorni dal compimento degli adempimenti preliminari previsti dal regolamento interno per la prima seduta del nuovo Consiglio. Dall'avviso risultano:

- a) l'intenzione del Consiglio provinciale di costituire l'osservatorio;
- b) i requisiti per l'accesso alla carica di componente dell'osservatorio;
- c) il termine di trenta giorni dalla pubblicazione dell'avviso per la presentazione delle candidature;
- d) il soggetto incaricato di proporre i nomi.

6. I componenti dell'osservatorio sono nominati dall'ufficio di presidenza del Consiglio provinciale.

nannt. Aus jedem Dreivorschlag des Präsidenten des Oberlandesgerichts Trient - Außenstelle Bozen, des Präsidenten der Kontrollsektion des Rechnungshofes Bozen, des Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes Bozen und des Präsidenten des Rates der Gemeinden sowie des Rektors der Freien Universität Bozen werden unter Anweisung des Generalsekretärs des Südtiroler Landtags je ein ordentliches und ein stellvertretendes Mitglied ausgelost.

7. Die Beobachtungsstelle bleibt für die Dauer der Legislaturperiode des Südtiroler Landtags, der sie ernannt hat, im Amt und übt vorübergehend weiterhin deren Aufgaben bis zur Bestellung der neuen Beobachtungsstelle aus. Die Mitglieder der Beobachtungsstelle können nicht sofort wieder ernannt werden.

8. Das Amt eines Mitglieds der Beobachtungsstelle ist mit den folgenden Funktionen bzw. Ämtern unvereinbar:

- a) Mitglied des italienischen oder europäischen Parlaments, Mitglied eines Regionalrats, eines Landtags oder Gemeinderats oder der jeweiligen Exekutivorgane;
- b) Präsident, Führungskraft oder Verwalter von öffentlichen Körperschaften oder von Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung;
- c) Inhaber, Verwalter oder Führungskraft von Körperschaften oder Unternehmen, die mit dem Land Bau- oder Lieferverträge abgeschlossen haben oder die, aus welchem Grund auch immer, Empfänger von Landesbeiträgen sind.

9. Die Mitglieder der Beobachtungsstelle geben innerhalb von dreißig Tagen nach ihrer Ernennung dem Präsidium des Südtiroler Landtags eine Erklärung ab, dass die im Absatz 8 erwähnten Nichtwählbarkeits- oder Unvereinbarkeitsgründe nicht bestehen oder gegebenenfalls beseitigt wurden. Stellt das Präsidium des Südtiroler Landtags fest, dass Erklärungen fehlen oder diese nicht der Wahrheit entsprechen, oder dass einer der Unvereinbarkeitsgründe vorliegt, so erklärt es den Verfall des Amtes als Mitglied der Beobachtungsstelle.

10. Beabsichtigen die Mitglieder der Beobachtungsstelle, bei Gemeinde-, Landes-, Regional-, Parlaments- oder Europawahlen zu kandidieren, so legen sie ihr Amt spätestens sechs Monate vor dem jeweiligen Wahltermin nieder; im Falle der vorzeitigen Auflösung der betreffenden Organe legen die Mitglieder der Beobachtungsstelle ihr

Sono individuati mediante sorteggio, a cura del segretario generale del Consiglio provinciale, un membro effettivo e un membro supplente nell'ambito di ciascuna delle terne proposte dai presidenti della corte d'appello di Trento - sezione distaccata di Bolzano, della sezione di controllo della corte dei conti di Bolzano, del tribunale di giustizia amministrativa di Bolzano, dal Consiglio dei Comuni di Bolzano e della terna proposta dal rettore dell'Università degli studi di Bolzano.

7. L'osservatorio dura in carica quanto il Consiglio provinciale che l'ha nominato e continua a esercitare provvisoriamente le sue funzioni fino alla nomina del nuovo osservatorio. I componenti dell'osservatorio non sono immediatamente rieleggibili.

8. La carica di componente dell'osservatorio non è compatibile con le funzioni di:

- a) componente del Parlamento nazionale o europeo, di un consiglio regionale, provinciale o comunale oppure dei relativi organi esecutivi;
- b) presidente, dirigente o amministratore di enti pubblici o imprese a partecipazione pubblica;
- c) titolare, amministratore o dirigente di enti o imprese vincolate con la Provincia da contratti di opere o di somministrazione o che ricevono a qualsiasi titolo sovvenzioni dalla Provincia.

9. I componenti dell'osservatorio, entro trenta giorni dalla loro nomina, dichiarano alla presidenza del Consiglio provinciale l'inesistenza o la cessazione delle cause di incompatibilità stabilite dal comma 8. Se accerta la mancanza o l'infedeltà delle dichiarazioni, o il verificarsi di una delle cause di incompatibilità, l'ufficio di presidenza del Consiglio provinciale dichiara la decadenza del componente dell'osservatorio.

10. Se intendono candidarsi a elezioni comunali, provinciali, regionali, nazionali o europee i componenti dell'osservatorio rassegnano le proprie dimissioni almeno sei mesi prima della rispettiva scadenza elettorale; in caso di scioglimento anticipato dei relativi organi i componenti dell'osservatorio rassegnano le proprie dimissioni entro i sette

Amt innerhalb sieben Tage nach dem Datum des Auflösungsdekrets nieder.

11. Der Südtiroler Landtag kann durch einen mit Zweidrittelmehrheit seiner Mitglieder in geheimer Abstimmung gefassten Beschluss ein Mitglied oder mehrere Mitglieder der Beobachtungsstelle aus schwerwiegenden Gründen, die mit der Ausübung ihres Amtes zusammenhängen, des Amtes entheben. Endet die Amtszeit der Beobachtungsstelle oder ihrer Mitglieder aus irgendeinem Grund vor Ablauf der regulären Amtsdauer, so setzt der Präsident des Südtiroler Landtags die Neuernennung auf die Tagesordnung der ersten unmittelbar darauffolgenden Landtagssitzung.

12. Der Südtiroler Landtag stellt der Beobachtungsstelle die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen personellen und finanziellen Mittel zur Verfügung.

Art. 2  
*Finanzbestimmungen*

1. Der Südtiroler Landtag sorgt für die Deckung der aus der Umsetzung des vorliegenden Gesetzes hervorgehenden Ausgaben mit den Mitteln aus dem eigenen Haushalt.

Art. 3  
*Schlussbestimmungen*

1. Bei der Erstanwendung dieses Gesetzes ernannt der Südtiroler Landtag die Beobachtungsstelle innerhalb von drei Monaten nach deren Ernennungsverkündung; die Mitglieder der Beobachtungsstelle können für die darauffolgende Legislaturperiode erneut ernannt werden.

gez. Landtagsabgeordneter  
Diego Nicolini

giorni successivi alla data del decreto di scioglimento.

11. Il Consiglio provinciale, con deliberazione assunta a maggioranza dei due terzi dei suoi componenti e a scrutinio segreto, può revocare uno o più membri dell'osservatorio per gravi motivi connessi all'esercizio delle loro funzioni. Se il mandato dell'osservatorio o dei suoi componenti cessa per qualunque motivo diverso dalla scadenza, il Presidente del Consiglio pone la nuova nomina all'ordine del giorno della prima seduta del Consiglio immediatamente successivo.

12. Il Consiglio provinciale garantisce all'osservatorio il personale e le risorse economiche necessarie per lo svolgimento delle sue funzioni.

Art. 2  
*Disposizione finanziaria*

1. Alla copertura degli oneri conseguenti all'applicazione di questa legge provvede il Consiglio provinciale con il suo bilancio.

Art. 3  
*Disposizioni finali*

1. In prima applicazione di questa legge il Consiglio provinciale nomina l'osservatorio entro tre mesi dalla promulgazione della stessa e i membri dell'osservatorio possono essere rinominati nella legislatura successiva.

f.to consigliere provinciale  
Diego Nicolini